



Mahnfeuer zum 17. Juni. Auch in diesem Jahr veranstaltet die Jugend der Bundesrepublik Stafettenläufe zum „Tag der deutschen Einheit“. Unser Bild: Am Vorabend des 17. Juni 1956 auf dem Platz der Republik in Westberlin.

Beweis des deutschen Willens

Von Dr. J. B. Gradl,
stellvertretender Vorsitzender des Bundestagsausschusses
für gesamtdeutsche und Berliner Fragen

Unser Verhältnis zum 17. Juni als dem jährlich wiederkehrenden Tag der Deutschen Einheit ist zwiespältig. Seit der 17. Juni in unseren Kalendern die roten Ziffern der Feiertage hat, gibt es eine Diskussion darüber, ob er in der rechten Weise begangen wird. Tatsächlich werden immer noch viele Menschen im freien Teil Deutschlands dem Gedanken, auf den der Feiertag hinweist, nicht gerecht. Die gedankenlosen Genießer des zusätzlichen freien Tages würden sich sehr wundern, wenn sie über ihr Benehmen die Urteile derer hören könnten, die am 17. Juni 1953 in der Zone und Ostberlin durch beispiellosen Mut, durch Opfer und Leid den Feiertag geschaffen haben.

★

Die Zwiespältigkeit unseres Verhältnisses zum Feiertag 17. Juni hat noch eine tiefere Ursache. Viele fragen sich, ob das unerhörte Geschehen überhaupt zum Gegenstand eines Feiertags gemacht werden darf, da dieser Tag doch mit einer furchtbaren Niederlage endete. Sowjetische Panzer und Truppen schlugen den Aufstand mit Gewalt nieder. Das verhaßte System, das bereits zerbrochen war, bekam wieder die Macht. Verfolgungswellen gingen über das Land, Tausende und aber Tausende kamen in Zuchthäuser und Gefängnisse. Der große Aufschrei nach Freiheit und Einheit blieb ohne Antwort. Nach menschlichen Begriffen schloß also der grandiose Versuch der Mitteldeutschen, ihr Schicksal zu wenden, mit einem Mißerfolg. Sollten wir also am 17. Juni uns nicht eher in Trauer verhüllen, als ihn zu einem Feiertag zu machen? Wie gesagt, so empfinden viele anständige Deutsche, und man kann nicht einfach behaupten, daß solches Empfinden dem Tag nicht gemäß wäre.

★

Aber das Geschehen im Jahre 1953, das sich um den 17. Juni konzentrierte, hat auch eine andere Seite. Eine Seite, auf die

wir stolz sein können. Die höchstgeachteten nationalen Feiertage der Völker sind Tage der Freiheit, Tage des Gedenkens an die Befreiung von fremden Unterdrückern oder von verkommenen Regimen. Einen Feiertag solcher Art hatten wir bisher nicht. In der Welt traute man uns auch nicht viel zu in bezug auf Freiheitssinn und Freiheitswillen. Nach 1945 gab es sogar höhnische Bemerkungen über unsere Unterwürfigkeit.

Dann aber, ganz plötzlich, standen Deutsche auf. Sie gingen auf die Straße, sie taten es nicht auf Befehl, sondern aus freiem Entschluß. Unter einem System das den Terror zur höchsten Perfektion entwickelt hatte, das die totale Macht besaß, unter einem solchen System gingen Deutsche auf die Straßen und Plätze, um ihren Willen kundzutun und zu protestieren gegen die Unfreiheit und gegen die Spaltung des Landes. Wehrlos, mit unbewaffneten Händen, so sammelten sie sich und traten den Streitkräften des Systems entgegen. So zwangen sie die sowjetische Militärmacht, ihre ganze Besatzungsarmee, Dutzende von Divisionen einzusetzen, um der Demonstration Herr zu werden.

Dieses selbstbewußte und mutige Auftreten der Menschen in der Zone konnte nicht großartiger, die Bekundung des wahren deutschen Willens konnte nicht überzeugender sein. Die Männer und Frauen zwischen Elbe und Oder haben dem ganzen deutschen Volk Ehre und Ansehen wiedergewonnen, genauso wie die Berliner durch ihren unbeirrteten Widerstand gegen die Blockade. So haben wir sehr wohl ein Recht, des 17. Juni 1953 nicht nur in Trauer, sondern auch und sogar mehr noch, mit Stolz zu gedenken. Und mit Freude, allerdings mit einer Freude in Würdel!

★

Was im Juni 1953 geschah, vollzog sich nicht nur in Berlin. Die erste Aufmerksamkeit kon-

zentrierte sich zwar auf den Berliner Ostsektor. Denn konnte gewissermaßen alle V. zusehen, fotografieren, filmen. Von hier stammen die atemberaubenden Bilder des großen Zuges der Bauarbeiter der „Stalinallee“, des gewaltigen Marsches der Hennigsdorfer Stahlarbeiter und vieler anderer Geschehnisse.

Aber in derselben Weise erhoben sich die Menschen in Leipzig, in Magdeburg, in Rostock, in Erfurt, in Dresden, ja sogar in den fernsten Winkeln der Zone an der Oder-Neiße-Linie. Berlin — da war immer noch der Westen sichtbar, da gab es den Weg in die Westsektoren. Aber dort in der Zone war man wirklich allein, in Görlitz, in Kottbus, in Rathenow, in Gera, in Halberstadt und in hundert anderen Orten.

★

Ein solcher Aufstand, spontan und alles mitreißend, wäre niemals möglich gewesen, wenn es sich nur um materielle Dinge gehandelt hätte, um bessere Versorgung, um bessere Arbeitsbedingungen oder dergleichen. Nein, die elementare Plötzlichkeit und das sofortige Erfassen des Ganzen sind ja gerade der Beweis, daß hier viel mehr in Bewegung gekommen war. Hier ging es nicht um den Inhalt des Portemonnaies, hier ging es um ein Aufbegehren aus der Tiefe der Seele. Hier brach die Qual durch des unterdrückten, zur Lüge, zur Verstellung, zum Schweigen gezwungenen Menschen, hier brach auch die Sehnsucht durch, aus der Verbannung in ein volksfremdes System befreit zu werden. Befreit und wieder vereint zu werden mit denen, von denen man in der Stunde des Zusammenbruchs willkürlich getrennt worden war. Diese Sehnsucht war es, die am Nachmittag des 16. Juni in der Protestversammlung vor dem Luftfahrtministerium dem Zonenminister Selbmann vom improvisierten Rednerpult fegte, weil er noch von Lohnfragen und Normen sprach. Und diese Sehnsucht war es, welche die Forderung nach freien Wahlen, ausgerufen von einem unbekanntem Bauarbeiter, in diesem Augenblick zu dem erlösenden, das Ganze mitreißenden Wort werden ließ. Wie

falsch, wie grotesk falsch ist angesichts der Größe, der Breite,

Kraft dieser Willensbekundungen das Urteil der Sowjetregierung über das Geschehen! Für die sowjetfamilie Publizistik war der 17. Juni nichts weiter als „ein Abenteuer ausländischer Söldlinge“. Die Vorstellung, mit Mitteln der Verschwörung und Untergrundarbeit — die ohnehin in einem totalitären System nur beschränkte Möglichkeiten haben — hätte dieser unprätzliche, das ganze Zonengebiet erfassende Massenaufstand bewirkt werden können, ist einfach verrückt. Aber es durfte eben keine Volkserhebung gegen das Arbeiter- und Bauernparadies sein. Deshalb sprach man im Sowjetbereich auch nur von „Berliner Ereignissen“. Es erschien wohl doch zu schwer, die Aufstände im gesamten Besatzungsgebiet mit der „provokatorischen Tätigkeit ausländischer Agenten“ zu erklären; so wurde das Geschehen in Leipzig und Magdeburg, im Leunawerk, in Warnemünde und anderswo lieber verschwiegen.

★

Für uns bleibt doch immer die drückende Frage: War nicht alles umsonst, was damals unsere Landsleute gewagt und auf sich genommen haben? Zwar, der Erfolg blieb versagt, und seither ist schon manches Jahr ins Land gegangen, ohne daß erreicht wurde, was das Ziel des 17. Juni war: die deutsche Einheit in Freiheit. Dennoch, der 17. Juni war nicht umsonst. Seit

jenen Tagen weiß die Welt, was die Deutschen wollen und was sie nicht wollen.

Der 17. Juni 1953 ist in Wahrheit der denkbar deutlichste Beweis, daß durch die Teilung, durch die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechtes der Friede in Deutschland und damit in Europa und in der ganzen Welt in einer ständigen Gefahr ist. In Gefahr, weil dieses gespaltene Deutschland ein Gefahrenherd, ja ein Explosionsherd sondergleichen ist. Der Status quo der Teilung Deutschlands ist keine Grundlage für dauerhaften Frieden. Solche Worte werden zwar in unserem eigenen Lande und im Ausland häufig ausgesprochen, zuweilen so glatt und so geschwind, daß man fürchten könnte, ihr Sinn wäre nicht genügend tief erfaßt. Aber der 17. Juni hat bewiesen, sinnfällig bewiesen, mit Blut bewiesen, daß der sogenannte Status quo nicht nur eine eingebildete, sondern eine wirkliche Gefahr ist.

★

Sicher, ein solcher Tag, ein solches Ereignis kommt nicht jederzeit wieder. Jedoch die Geschichte hat Beispiele genug, daß sich revolutionäres Aufbegehren auch in einem Volk wiederholen kann. Und gerade unsere Generation weiß, wie wechselvoll der Gang der Geschichte ist. Viel wechselvoller und überraschender als Politiker, Diplomaten und Soldaten bei noch so klugen Überlegungen im voraus zu überschauen, zu bedenken und zu regulieren vermögen.

Zensuren für Unsportlichkeit

DT. Auf unseren Schreibtisch ließ der Zufall die Sonderausgabe „JSE“ Deutsches Sportecho der Zone vom 11. Mai 1961 flattern, die über die 8. Etappe der XIV. Friedensfahrt berichtet. Diese Etappe gewann der sowjetische Fahrer Tscherepowsch, der als erster in das Leipziger Zentralstadion einfuhr. Die Zeitung berichtet in ihren Spalten im entsprechenden Huldigungston, der über das im Westen übliche Maß sportlicher Begeisterung weit hinausgeht. Soweit wäre nichts besonders bemerkenswert an dieser Be-

richterstattung. Am Schluß des ausführlichen Berichtes auf Seite 3 lasen wir aber dann folgendes:

„Unverständlich bleibt, warum das Leipziger Publikum dem Etappensieger Anatoli Tscherepowsch nicht mit gutem Beifall bedachte. Es gab sogar welche, die gepiffen haben. Völlig unverständlich, hier in Leipzig diesen Fahrer auszupfeifen, der sportlich eine hervorragende Leistung vollbracht hatte, der mit allen anderen durch Hagel und Wind,

Moderne Waffen für Berliner US-Truppen

Washington (dpa). Die in Berlin stationierten US-Truppen sollen mit modernen Handfeuerwaffen ausgerüstet werden. Darüber hinaus sollen die M-48-Panzer durch M-60-Panzer ersetzt werden. Dies teilte der amerikanische Verteidigungsminister McNamara auf einer Pressekonferenz in Washington mit. Auf die Frage, ob die USA auch die Absicht hätten, ihre Truppen in Berlin zu verstärken, antwortete der Minister: „Hierzu möchte ich nicht Stellung nehmen.“

Regen und Stürze gekommen war, Warum mußte er sich nun einer Sorte von Krakeelen gegenübersehen? Das spricht wenig für das sonst so sportfreudige Leipziger Publikum.“

Es ist begreiflich, daß Pfeifen in diesem Fall nicht als Bekundung der unverbrüchlichen deutsch-sowjetischen Freundschaft so kurz nach dem „Tag der Befreiung“ angesehen werden kann. Sportliche Beifalls- oder Mißfallensäußerungen sind nun einmal eine Sache für sich und können nicht ohne weiteres verallgemeinert werden. In diesem Falle aber war eine sportliche Entgleisung des sowjetischen Spitzenfahrers Melichow in einem polnischen Stadion vorausgegangen, der den deutschen Fahrer Weißleder am Überholen hindern wollte. Das polnische Publikum quittierte diese grobe Unsportlichkeit mit lang andauernden Mißfallenskundgebungen. Seitdem sind diese Äußerungen gegen diesen sowjetischen Fahrer nicht still geworden. Die Jury hatte Melichow als „Buße“ — sage und schreibe — zwei Strafminuten aufgebremmt und dem deutschen Fahrer Weißleder, der sich spontan gegen diese Behinderung durch Gewalt zur Wehr gesetzt hatte, als Pfaster für die andere Seite eine Verwarnung erteilt.

Die Sportbegeisterten der Zone sahen in dieser Art von Schiedssprüchen, die unter politischem Blickwinkel gefällt werden, etwas Verwerfliches und reagierten auf ihre Art.

Görlitz am 17. Juni 1953

„Wir erklären uns mit den Berliner Arbeitern solidarisch“

Zu den fünfzig durch die Oder-Neiße-Linie geteilten Orten gehört auch die alte niederschlesische Stadt Görlitz. Die östlichen Stadtbezirke Moys und Tischbrücke stehen seit dem 20. Juni 1945 unter polnischer Verwaltung, der Westteil gehört zur Sowjetzone. Mit welcher elementarer Kraft der Volksaufstand am 17. Juni 1953 in Mitteldeutschland losbrach, dafür legen die Ereignisse in Görlitz an jenem schicksalsschweren Tag wohl das eindrucksvollste, aber zugleich auch erschütterndste Zeugnis ab.

Es begann um 7.00 Uhr im Werk II der Volkseigenen Lokomotiv- und Waggonfabrik (Lowa) in der Lüderstraße. Die Arbeiter der Frühschicht standen in Gruppen zusammen und diskutierten die letzten Meldungen des RIAS-Berlin über die Erhebung der Bauarbeiter in der Ostberliner Stalinallee. Der Monate und Jahre aufgespeicherte Groll gegen die SED-Bedrücker entläßt sich. Und als ein Arbeiter in die Halle II ruft: „Wir erklären uns mit den Berliner Arbeitern solidarisch“, da bricht aus tausend Kehlen der Jubel los. Das erlösende Wort war gesprochen, schnell wird eine provisorische Streikleitung gebildet, die die Arbeiter des Werkes II der Lowa zu einer Protestversammlung zusammenruft. Alle verlassen ihre Arbeitsplätze und versammeln sich auf dem Werkshof. Langer Reden bedarf es nicht. Schon von der ersten Stunde an bekommt die Erhebung in Görlitz politischen Charakter. Im Streikaufruf fordern die Arbeiter der Lowa die Herabsetzung der unmenschlichen Arbeitsnormen und die Durchführung freier Wahlen. Und unter dem Jubel und dem Beifall ruft ein alter Arbeiter: „Wir ziehen jetzt in die Stadt zu unseren Kollegen vom Werk I“. Der Werksschutz versucht die Demonstranten aufzuhalten, aber die Arbeiter schieben die Söldlinge des SED-Regimes beiseite und stoßen das Werktor auf. Über 3000 Arbeiter ziehen in die Innenstadt. Alles geschieht in muster-gültiger Ordnung. Kommunistische Transparente werden heruntergerissen.

Schon sind es 6000

Der Zug geht zunächst zum Werk I der Lowa in der Brunnenstraße. Durch Telefon und Radfahrer hatten die Arbeiter

schon die Nachricht von der Protestversammlung im Werk II erhalten. Als der Zug die Brunnenstraße erreicht, schließen sich die Arbeiter des Werkes I sofort ihren Kollegen vom Werk II an. Jetzt sind es schon 6000 Arbeiter, die gegen die Bedrückung der SED-Machthaber aufstehen. An jeder Straßenecke schließen sich Hunderte und Hunderte den Demonstranten an. Die Arbeiter des VEB Optik und des VEB Maschinenbaus erklären sich mit den Streikenden solidarisch. Von dort geht es weiter zum Demianiplatz. In Sprechchören fordern die Görlitzer: „Herunter mit den Normen und HO-Preisen.“ Als sich am Untermarkt die Belegschaften der VEB Voll- und Feintuch anschließen, erschallt der Ruf, der sieben Stunden lang durch die geteilte Stadt hallt: „Wir wollen freie und geheime Wahlen, gebt die politischen Häftlinge frei!“

Vopo-Wache gestürmt

Auf dem Untermarkt befindet sich eine Dienststelle der Grenzpolizei, sie wird gestürmt, Transparente zertreten und -Losungen heruntergerissen. Weiter geht der Zug zum Rathaus. Der SED-Oberbürgermeister Ehrlich ist verschwunden, wie alle SED-Funktionäre des Regimes in jenen Stunden. Die Akten fliegen aus dem Fenster, die Bilder Piecks und Stalins werden aus den Rahmen geschnitten. Der Sitz der kommunistischen Jugendorganisation FDJ auf dem Schönhof wird von kommunistischen Broschüren und Propagandamaterial befreit. Plötzlich ertönt der Ruf: „Im Rathaukeller sitzen politische Gefangene!“

Als die Wachmannschaften noch zögern, die Zellen zu öffnen, sind die Schweißser der Lowa schnell zur Stelle. Die

Volkspolizei kapituliert und öffnet die Zellen. Fünfzehn seit Monaten wegen „Wirtschaftssabotage“ inhaftierte Görlitzer stürzen mit Tränen in den Augen in die Arme ihrer Befreier. Mitglieder des Streikkomitees haben inzwischen auf der Gefängnisverwaltung die Ausweise der Inhaftierten gefunden, die man ihnen zurückgibt. Plötzlich erscheint ein Überfallkommando der Volkspolizei. Die zwanzig Polizisten werden mit Pfui-Rufen empfangen und von den Demonstranten am Aussteigen gehindert. Der Leiter des Streikkommandos, ein Architekt der Lowa-Werke, fordert mit den Worten: „Falls Sie Gewalt anwenden wollen, so wäre es höchst unklug“, die Polizisten auf, Pistolen und Gewehre wegzuerwerfen. Und die Polizisten gehorchen.

40 000 auf dem Markt

Während der Demonstrationzug weiter zum Obermarkt zieht, haben sich in den Schulen die Jugendlichen ebenfalls gegen die Bedrückung des totalitären Regimes und der von ihm gelenkten Einheitsjugend FDJ erhoben. Die SED-Direktoren müssen die Einberufung einer Schulversammlung zulassen. Keine radikalen Programme werden von den Schülern erhoben. Nur drei Forderungen sollen erfüllt werden: Die FDJ- und Pionierleiter an den Schulen sollen keinen Einfluß mehr auf die Gestaltung des Unterrichts haben, das Primat des Russisch-Unterrichts soll gebrochen werden und die ideologische Parteischulung im Geschichtsunterricht fortfallen. Die kommunistischen Geschichtsbücher werden auf den Schulhöfen zusammengetragen und der Scheiterhaufen angezündet. Dann ziehen die Görlitzer Schüler zum Obermarkt, wo sich inzwischen 40 000 Menschen versammelt haben. Inzwischen haben die Demonstranten die Schalthebel des von der SED zur ständigen politischen und ideologischen Berieselung aufgestellten Stadtkommis gefunden. Einige Elektrotechniker eilen herbei, setzen mit we-

nigen Handgriffen die Anlage in Betrieb. Über den Stadtfunk ruert in den nächsten Stunden die Streikleitung die Volkshebung. Mit der Leitung des Streikkomitees hatten die Arbeiter einen Architekten der Lowa-Werke betraut, ihm zur Seite stehen Arbeiter aus dem VEB Optik, Handwerker und schließlich auch ein Schüler. Keiner von ihnen hat jemals zuvor vor einem Mikrofon gestanden, aber sie alle werden nicht nur verstanden, sondern sie sprechen Zehntausenden aus dem Herzen.

„Ruski go home!“

„Wir fordern freie Wahlen, Schluß mit der Normentreiberei, die SED hat abgewirtschaftet, Ruski go home!“ Das sind die Forderungen der Menschen, die Jahre hindurch von einer Minderheit, die sich als Arbeiterklasse bezeichnet, geknebelt wird.

Arbeiter schleppen den verhassten Oberbürgermeister Ehrlich herbei, der sich in einem Haus versteckt hatte. Doch die Demonstranten hatten ihn gefunden. Er muß vor den vierzigtausend Menschen sprechen. Von Angst getrieben, kann er nur ein paar Worte stammeln: Ich mußte, ich wollte ... Man schiebt ihn beiseite, jenen Mann, der das System in Görlitz eingesetzt hat.

Der Architekt der Lowa-Werke und Streikleiter fordert die Demonstranten auf, keine Lynchjustiz zu üben und Ausschreitungen gegen die Besatzungsmacht zu begehen. Alle, die in den letzten Jahren Vergehen begangen hätten, werden sich vor einem ordentlichen Gericht zu verantworten haben.

Magistrat abgesetzt

Und nun schlägt die wahrhaft große Stunde der Volkshebung in Görlitz. Der Architekt verkündet, daß der bisherige Magistrat abgesetzt sei. Eine nie gekannte Begeisterung erfaßt die Menschen bei diesen Worten. Dann schlägt er im Namen der Streikleitung vor, noch am gleichen Tag von allen Versammelten einen neuen Oberbürgermeister zu wählen, der bis zur Abhaltung freier und gesamtdeutscher Wahlen die Geschicke der Stadt lenken soll. Ihm zur Seite sollen Stadtverordnete stehen, die zunächst

Adenauer gab keine Antwort

Intermezzo mit Sowjet-Attaché

W. W. Köln. — Anlässlich des Bundesparteitages der CDU hat es ein kleines deutsch-sowjetisches Intermezzo gegeben, das in politischen Kreisen einiges Aufsehen erregte. Als Bundeskanzler Adenauer nach einem Empfang den Gürzenich verließ, trat ihm der Presseattaché der Sowjetbotschaft, Sergejew, entgegen, stellte sich vor und sagte, er habe dem Kanzler eine Mitteilung von Botschafter Smirnow auszurichten.

Der Presseattaché äußerte dann, sein Botschafter habe die Rede Adenauers auf dem Parteitag in ihren Erklärungen über die Sowjetunion als sehr ausgewogen empfunden, wäh-

rend andere Reden — diejenigen der Minister von Brentano und Strauß — wesentlich unfreundlicher gewesen seien. Smirnow, sagte der Attaché, lasse den Kanzler fragen, ob die Reden der Minister als eine Fortsetzung seiner eigenen Rede zu verstehen seien oder wie sie sich sonst damit vereinbaren ließen.

Adenauer gab Sergejew darauf keine Antwort, sondern ging schweigend weiter. In politischen Kreisen wurde darauf hingewiesen, wie ungewöhnlich es sei, daß ein Botschafter einen seiner Attachés beauftragt, den Regierungschef in dieser formlosen Art anzusprechen.

von den Belegschaften der einzelnen Werke, den Schulen und Innungen vorgeschlagen werden müßten. Auch die Rentner sollen sich zusammensetzen, um einen Vertreter in die neue Stadtverordnetenversammlung zu delegieren. Bis 15 Uhr sollen alle Versammlungen unterbrochen werden, damit die einzelnen Betriebe ihre Vertrauensleute wählen können, die wiederum den künftigen Oberbürgermeister vorschlagen sollen. Eine große Freude bemächtigt sich der Menschen. Und einer unter den 40 000 stimmt die dritte Strophe des Deutschlandliedes „Einigkeit und Recht und Freiheit“ an, und alle fallen ein in die deutsche Nationalhymne, die ihre Feuertaufe am 17. Juni 1953 erhielt.

Während die Menschen gegen 13 Uhr vom Obermarkt abziehen, um ihre Vertreter für die neue Stadtverordnetenversammlung zu wählen, und die 20 Mitglieder der Streikleitung die Kundgebung um 15 Uhr vorbereiten, ziehen Tausende von Demonstranten zu den letzten Bastillen des Systems, der SED-Kreisleitung, dem Sitz des Staatssicherheitsdienstes und dem Frauengefängnis in der Poststraße. Hier vermutet man die von der Bildfläche verschwundenen SED-Funktionäre. In der SED-Kreisleitung wollen die Demonstranten noch die

politischen Häftlinge befreien. Dort finden sie den Kreissekretär der Ulbricht-Partei, Weichbold. Er wird verprügelt und erhält einen Denkkzettel für seine Bütteldienste.

Schüsse fallen

In der Blumenstraße versucht der Staatssicherheitsdienst, Widerstand zu leisten. Die ersten Schüsse fallen. Da schleppen die Arbeiter der Lowa-Werke SED-Sekretär Weichbold herbei und schieben ihn vor die Gewehrläufe des SSD. Zaißers Beamte kapitulieren. Eine zehnköpfige Delegation der Demonstration wird eingelassen, sie findet nur einen Volkspolizisten, den man aus Zittau hierher zur Aburteilung gebracht hatte. Er wird freigelassen. Als Stimmen laut werden, daß ein Geheimgang vom SSD-Gebäude zur russischen Kommandantur führt, dringen nochmals sechs Arbeiter in die Vernehmungskeller vor. Doch SSD-Schergen lassen plötzlich die Zellen schließen. Mit übermenschlichen Anstrengungen gelingt es den auf so teuflische und hinterhältige Weise Eingeschlossenen, Verständigung mit den Demonstranten auf der Straße aufzunehmen. In ohnmächtiger Wut stürmen die Arbeiter das SSD-Gefängnis. Nach kurzer Zeit sind die sechs wieder frei und die Geheimpolizisten entwarfnet.

„Geben Sie Freiheit des Wortes!“

Der Westberliner Schriftsteller Grass auf dem Ostberliner Kongreß

Berlin (dpa). Der in Westberlin lebende Schriftsteller Günter Grass sagte seinen Kollegen auf dem Ostberliner Schriftstellerkongreß, zu dem er als Gast geladen war, sehr unbequeme Wahrheiten. „Geben Sie den Schriftstellern die Freiheit des Wortes“, forderte Grass mit sachlicher pathosloser Schärfe. Nach seiner Ansicht ist diese Freiheit zwar auch in der westlichen Demokratie gefährdet, aber im Osten sei sie gar nicht erst vorhanden. Grass bekannte sich zur Welt der Demokratie, in der er lebe, trotz all ihrer Fehler. Sie erlaube ihm, seine Bücher zu schreiben und zu veröffentlichen, von denen keines in Ostberlin gedruckt werden könnte. An die Adresse des Sowjetzonen-Kulturministers Hans Bentzien, der in seiner Lobeshymne auf die Sowjetzonen-Literatur die rhetorische Frage gestellt hatte, ob es etwas der „DDR-Literatur Vergleichbares“ gebe, richtete Grass die Aufforderung, der Sowjetzonen-Bevölkerung Musil, Kafka, mehr zeitgenössische westdeutsche, französische oder andere westliche Autoren als Lektüre zu ermöglichen, damit sie diese Vergleiche anstellen können. Die unerwarteten Ausführungen des Satirikers und Gegners der Atombewaffnung wurden mit betretenem Schweigen, Gelächter

und schließlich mit Zwischenrufen von der Versammlung aufgenommen.

Zuvor hatte der Ostberliner Kritiker Hermann Kant über die Situation der „westdeutschen Literatur“ gesprochen und geäußert, daß die „Scherbenliteratur eine Not und keine Tugend“ sei. Er hatte dazu aufgerufen, „das, was uns trennt, zu überwinden“.

Die „hausbackene“ Literatur der Sowjetzone, die „spießbür-

gerlich und selbstzufrieden“ gelobt werde, griff Erwin Strittmatter in seinem Diskussionsbeitrag an, desgleichen die Erzeugnisse der „schreibenden Arbeiter“, von denen seit zwei Jahren viel zu viele gedruckt würden. Man habe über den schreibenden den lesenden Arbeiter vergessen, der „nicht Sonntag für Sonntag das gutgemeinte Gestammel seiner Arbeitskollegen aus der anderen Abteilung“ lesen wolle.

Ost-CDU hetzt gegen Kirchentag

Neue Angriffe gegen Präses Scharf

Berlin (dpa). Die Sowjetzonen-CDU hat dem Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland, Präses Scharf, vorgeworfen, im Zusammenhang mit der Vorbereitung zum Zehnten Deutschen Evangelischen Kirchentag in Berlin „die Dinge völlig auf den Kopf“ zu stellen und der vorbereitende Ausschuß des Kirchentages der „unwahren Behauptung“ beschuldigt.

Im Hauptblatt der Sowjetzonen-CDU „Neue Zeit“ wird dem Ausschuß vorgeworfen, in den Kirchen Ostberlins Handzettel mit der Feststellung verteilt zu haben, daß der Kirchentag in Berlin nicht verboten sei. „Dies ist eine Vorspiegelung falscher Tatsachen, da der begründete Standpunkt der Regierung der DDR, wonach ein Kirchentag in Berlin nicht gestattet ist, niemals aufgegeben wurde.“

Der Zehnte Deutsche Evangelische Kirchentag soll vom 19. bis 23. Juli in beiden Teilen Berlins stattfinden, jedoch hatte die Sowjetzonen-Regierung für ihren Bereich erklärt, daß sie Veranstaltungen des Kirchentages nicht „zulassen“ könne. In Kreisen der evangelischen Kirche wird jedoch unterstrichen, daß sich diese Erklärung nur auf Veranstaltungen in nichtkirchlichen Räumen beziehen könne. Die Leitung des Kirchentages hat bereits mitgeteilt, daß die Veranstaltung mit je fünf Gottesdiensten in Ost- und in Westberlin eröffnet werden soll.

Präses Scharf habe mit seiner Erklärung, daß das Kirchentagspräsidium zu beträchtlichen Opfern bereit gewesen wäre, wenn der Kirchentag in Leipzig hätte stattfinden können, die Dinge auf den Kopf gestellt, heißt es in der „Neuen Zeit“ weiter. Noch Anfang März habe Scharf in Halle gesagt, daß die „Regierung der DDR in bezug auf einen Kirchentag in Leipzig den Verantwortlichen in einem Ausmaß entgegengekommen ist, wie es keiner erwartet hatte“. Scharf wird auch vorgeworfen, in seiner Pfingstpredigt von der inneren Not der Kirche in der Zone gesprochen zu haben.

Musterbezirk an letzter Stelle

Folgen der Zwangskollektivierung in der Sowjetzone

Berlin (dpa). Der Bezirk Rostock, der vor über einem Jahr als erster in der Sowjetzone die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft vollendete, ist inzwischen bei der landwirtschaftlichen Produktion an die letzte Stelle gerutscht. Rostock habe die größten Milchschulden, und auch bei Schlachtvieh bilde dieser Bezirk den Schluß, kritisiert das SED-Hauptblatt „Neues Deutschland“ am Sonnabend. Ebenso ungünstig stünden bei der Ablieferung von Milch und Schlachtvieh Ostberlin und der Bezirk Neubrandenburg.

Es sei außerdem noch nicht gelungen, die Rückstände in der Frühjahrsbestellung aufzuholen. Am 21. Mai seien im Zonendurchschnitt erst 89,8 Prozent der Zuckerrüben, 65,3 Prozent der Kartoffeln und 20,6 Prozent des Maises im Boden gewesen.

In bisher unbekanntem Ausmaß sind die Tierbestände der Kreise Wolgast und Grimmen (Bezirk Rostock) von der Maul- und Klauenseuche befallen. Jüngste Anordnungen verschiedener Kreistierärzte lassen erkennen, daß bisher in der Bekämpfung der Seuche keine Erfolge erzielt worden sind.

Aus freiem Entschluß

DT. „Es ist einzig und allein unsere Überzeugung und unser freier Entschluß, den Politiker Bert Brecht im Burgtheater nicht aufzuführen. Wenn einmal von diesem nicht mehr die Rede und damit die Gewähr gegeben ist, daß Brecht nur seines dichterischen Gehaltes wegen ohne politischen Applaus gespielt werden kann, dann wird die Frage nach einer Aufführung von Bert Brecht kein Problem mehr sein.“ Diese bemerkenswerte Antwort — die in unseren Breitengraden ihresgleichen sucht — hat kürzlich der Direktor des Burgtheaters, Ernst Häussermann, auf die Frage gegeben, wann endlich auch in Wien Brecht gespielt werde. Häussermann hatte vorab dem Dichter Brecht indirekt das höchste Lob gezollt, als er sagte: „Das heutige Theater ist ohne Brecht, man mag zu seinen Stücken stehen, wie man will, schwer zu denken. Aber“, so fuhr Häussermann fort, „wir leben in Wien in einer besonderen Situation. Der eiserne Vorhang des Burgtheaters ist nur wenige Kilometer vom Eisernen Vorhang einer Ideologie entfernt, die nicht die unsere ist.“

★

Derartige Äußerungen sind geeignet, alle jene Geister auf die Barrikaden zu rufen, die sich unter dem ambivalenten Begriff „Nonkonformisten“ in Sachen Ost-West-Konflikt mehr als ihre Brüder dünken. „Seht, ein kalter Krieger!“ pflegen sie zu sagen, „einer der ewig Gestrigten, die noch nicht gemerkt haben, daß die Kommunisten längst nicht mehr das sind, was sie einmal waren.“ Solche Leute finden wir im Bereich der Kultur; Musiker sind darunter, Schriftsteller, Theaterintendanten — diese in Deutschland besonders reichlich. Wir finden sie aber auch auf dem Gebiet der Wissenschaft. Auch Sportler machen sich häufig die gleichen Argumente zu eigen. Nach den Vorstellungen dieses Personenkreises sind die Politiker, die sich ihrer Koexistenz-Vorstellung widersetzen, Banausen, die von Kultur, Sport usw. im Grunde nichts verstehen, weil ihnen das Musische, Spielerei-

sche im Menschen, das echt Humane abgeht, und weil sie die Politik fälschlich für das Letzte und eigentlich Bewegende in dieser Welt halten. Auf solchen Holzwegen sind sie natürlich unfähig, zum Beispiel David Oistrachs wunderbares Violinspiel jenseits alles tagespolitischen Streits in sich aufzunehmen. Sie haben kein Gespür für die schöpferische Ordnung der Musik und für die gestaltende Kraft des dichterischen Wortes.

★

Darum ist es gut, daß es der Direktor des Burgtheaters war, der die oben zitierte überzeugende Begründung dafür gegeben hat, weshalb er die Stücke Brechts nicht aufführt, der sich für ein Herrschaftssystem engagiert hat, welches danach trachtet, das Menschliche im Menschen auszulöschen. Diesem Mann wird man schwerlich nachsagen können, er verstehe nichts von dem Dichter. Dagegen bekommen alle jene diesen Vorwurf zu hören, die nicht mit so professioneller Kompetenz ausgerüstet in die tägliche Auseinandersetzung mit dem Kommunismus und seinen freiwilligen und unfreiwilligen Helfershelfern ziehen, alle die braven Streiter, die ihren Brecht nicht beherrschen und die sich doch den sicheren Instinkt dafür bewahrt haben, was man tun darf und was nicht. Was auf unseren Bühnen gespielt wird, wann wir Künstler aus der Sowjetunion zu uns einladen und wo wir Sportentscheidungen mit Ländern des kommunistischen Machtbereichs austragen, das alles sind Fragen des politischen Stils, von dem heute soviel die Rede ist.

★

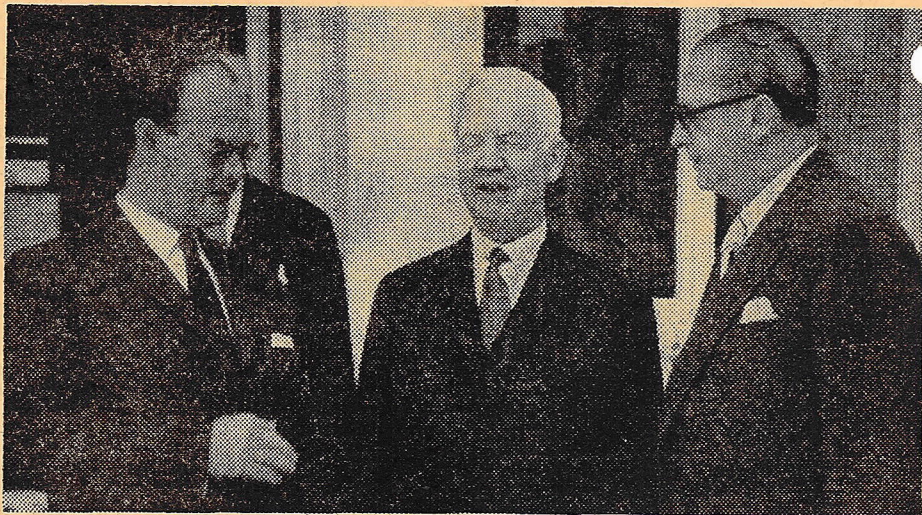
Wir meinen, daß die Bundesregierung politischen Stil bewies, als sie die sowjetische Kulturdelegation frühzeitig darauf aufmerksam machte, daß eine Ausklammerung Berlins aus dem Kulturabkommen ganz ausgeschlossen sei. Wer das nicht begreift, der hat überhaupt nicht verstanden, wie sich die Auseinandersetzung mit dem Weltkommunismus voll-

zieht, von der Kennedy in diesen Tagen sagte, sie werde wahrscheinlich Jahrzehnte dauern und alle unsere Kräfte in Anspruch nehmen. Die Neunmalklugen glauben uns aufschwätzen zu können, daß Koexistenz und Versöhnung nicht weit sein müßten, wo immer Clown Popow während der Gastspielreise des sowjetischen Staatszirkus seine Späße treibt. Sie sind nicht bereit, Lenin zur Kenntnis zu nehmen. Wie oft muß es ihnen noch in die Ohren geschrien werden, daß die Kommunisten den Eid auf ihre „Bibel“ ablegen, Tag und Nacht darauf zu sinnen, was der Weltrevolution nützt und was ihr schadet.

★

Ginge diese fatale Grenze nicht mitten durch unser Land, wahrscheinlich fielen uns die Auseinandersetzung mit den Kommunisten leichter. Wir gerieten bei allem, was wir tun, weit weniger in den Verdacht der Zwielfichtigkeit. Wir könnten auf das Miteinandersprechen, Austauschen, Kontaktnehmen eher verzichten und günstigere Zeiten abwarten. Die Blindheit aber gegen die Schliche und Tücken unserer Feinde müssen wir ablegen. Wir müssen schärfer denken und sehen lernen. Es geht nicht an, daß die Bürger die Abwehr der kommunistischen Offensive, wo immer sie ihr begegnen, den staatlichen Organen und den Politikern überlassen. Die Forderung zur Wachsamkeit enthält zwar die ständige Abwehrbereitschaft, sie meint aber auch, daß wir die Schwächen des Gegners erkennen und zur Gegenoffensive übergehen müssen. Bei aller taubenhaften Einfalt, an die die Idee der Freiheit für manchen gebunden ist, sollten wir die Klugheit von Schlangen nicht vermissen lassen, die den Feind nicht eine Sekunde aus dem Auge lassen. Wer den Kommunismus in seiner ganzen Breite und Gefährlichkeit begriffen hat, der wird mühelos den richtigen Stil finden, ihm zu begegnen und mit ihm fertig zu werden.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Bichthofen-Str. 2



BILDER DER WOCHE. Oben: Bundespräsident Lübke empfing den dänischen Ministerpräsidenten Kampmann (links). Rechts: Außenminister von Brentano. — Unten: Französische Panzertruppen schützen die Algerien-Konferenz in Evian.

